

Resolution nebst erläuternder Literatur an den Ministerpräsidenten, den Außenminister, die anderen Kabinettsmitglieder, an die Parteiführer, an die Mitglieder beider Parlamente, sowie endlich an den Generalsekretär des Völkerbundes und an die Presse gegeben werden.

Das Joint Foreign Committee, schloß d'Avigdor Goldschmid, übte eine außerordentliche Geduld und war darauf bedacht, der Rumänischen Regierung Spielraum zu lassen, um aus eigener Initiative auf Abhilfe zu sinnen und Abhilfe zu schaffen. Es war alles vergebens.

Lucien Wolf erstattete ausführlichen Bericht über die bisherigen Verhandlungen mit den maßgebenden rumänischen Stellen und über den Lauf der Ereignisse in Rumänien. Die jüdenhetzerische Propaganda der von Prof. Cuza geführten sogenannten Christlichen Liga werde immer hemmungsloser. Täglich werden Pamphlete mit der skandalösesten Aufreizung zu Pogromen und zum Judenmord verbreitet. Nichts unternehme die Regierung, um dieses finstere Werk, wie es in keinem zivilisierten Lande erlaubt sein würde, zu unterbinden. Die Juden leben in ständiger furchtbarer Panik, ihre bürgerlichen Rechte sind nichts als toter Buchstabe. Bei den Gerichten gibt es für Juden keine Gerechtigkeit. Die Freisprechung des Mörders des jüdischen Studenten Falik ist nur ein Symptom für vieles. Die Universitäten bleiben infolge der Brutalitäten der Cuza-Studenten den Juden faktisch verschlossen.

Das vom Komitee am 11. Januar der rumänischen Regierung überreichte Schreiben erbrachte keinerlei Resultat. Der Außenminister versprach bis zum 15. Februar Bescheid zu geben. Es seien auch für später gewisse Versprechungen gemacht worden, alles aber blieb unerfüllt. Angesichts dessen kam das Komitee zu dem Schluß, daß es die Pflicht gegenüber den verfolgten Glaubensgenossen vernachlässigen hieße, wollte man noch länger mit jenen Maßnahmen zögern, die dazu führen sollten, Rumänien zur Erfüllung des Minderheitsvertrages, der allen Einwohnern Leben, Freiheit und Gleichberechtigung garantiert, anzuhalten.

Mit Trauer muß festgestellt werden, daß die eingewurzelte Politik der Geduld, die das Joint Foreign Committee übt, in diesem Falle zu nichts geführt hat. Sieben Jahre lang hat das Komitee nichts anderes getan, als die rumänischen Regierungen in freundschaftlichster Form auf die Versäumnisse aufmerksam zu machen. Keine einzige Beschwerde wurde überlegt oder unbedachtsam erhoben. Niemals hat das Komitee die Hilfe des Völkerbundes angerufen, bevor es nicht die Angelegenheit mit der betreffenden Regierung erörtert hat. In diesem Zusammenhang möchte er, Lucien Wolf, auf die beträchtliche Verbesserung der Lage der jüdischen Bevölkerung in Polen hinweisen, an welcher das Joint Foreign Committee ja Anteil hat. Nur in einem Lande blieb die Lage der Juden wirklich unerträglich; dieses Land ist Rumänien. Bis jetzt konnte man noch eine gute Beziehung zu der rumänischen Regierung unterhalten. Allein vor kurzem wurde der Charakter der Verhandlungen — niemand versteht den Grund — völlig getrübt. Vor etwa drei Monaten erhob das Komitee Vorstellungen bei der rumänischen Regierung und verlangte eine freundschaftliche Zusicherung. Die Regierung versprach dies zu tun, sie hat aber dieses Versprechen nicht gehalten. Es folgten noch Besprechungen zwischen Vertretern des Komitees und Repräsentanten der rumänischen Regierung, aber seit 25. Februar war von dieser Seite keine Mitteilung zu erhalten. Der Board würde eine schwere Verantwortung auf sich laden, wenn er noch länger mit den notwendigen Schritten zögern würde.

Ich habe kürzlich Andeutungen in der Presse gelesen, fuhr Lucien Wolf fort, daß keinerlei Schritte unternommen werden sollten, bevor nicht an Ort und Stelle eine gründliche Prüfung der Lage stattgefunden hat. Man rege an, den Völkerbund zu ersuchen, eine solche Prüfung vorzunehmen. Er glaube aber, daß der Völkerbund schon aus formalen Gründen eine solche Prüfung nicht vornehmen könne. Es kann sein, daß das Joint Foreign Committee nicht über alles informiert ist, in der Hauptsache aber weiß es, wie es um die Juden in Rumänien steht. Das Komitee ist im Besitze von beweiskräftigen Dokumenten. Es ist bewiesen, daß die Regierung nichts unternehmen wolle, um die Aufreizungen zu Judenmord zu hindern. Die Auforderungen zu Judenmassakres geschehen in aller Öffentlichkeit, sie werden in der antisemitischen Presse ungehindert publiziert. Minister, zumindest der Minister des Innern, Goga, spenden Judenmördern als Patrioten Beifall. Jeder Appell der Juden an das Recht ist nutzlos. Die Bestimmungen der Minderheitsverträge werden vollkommen mißachtet. Wir können die Politik des Abwartens nicht weiter führen.

Diese Resolution, schloß Lucien Wolf, ist nicht der erste Schritt. Er erwarte, daß die Mitglieder des Board nicht fragen werden, welche weiteren Schritte nun unternommen werden würden. Obwohl nur Protest, bedeutet diese Resolution dennoch einen Wendepunkt in den Beziehungen des Board zur rumänischen Regierung. Das Joint Foreign Committee verschleße sich nicht der Möglichkeit, daß die Juden Rumäniens infolge der von auswärtigen Juden unternommenen Schritte zu leiden haben werden, er möchte deshalb die Mitglieder des Board bitten, sich in den Äußerungen ihrer Unterstützung Beschränkungen aufzuerlegen. Mit Nachdruck müsse aber festgestellt werden, daß die rumänische Regierung allein die Verantwortung trage,

solange sie in ihrer unklugen Haltung verharre, so daß die schlechte Behandlung der Juden in ihrem Lande eine Gefahr für den Frieden in Europa bedeuten könnte.

Nachtrag. Der sehr angesehene „Manchester Guardian“ beschäftigt sich in einem Leitartikel mit der vom Jewish Board of Deputies gefaßten Protestresolution gegen die Drangsalierung und Entrechtung der Juden in Rumänien und schreibt: Die Lage der Juden in Osteuropa gibt den Ländern des Westens, die Freiheit und Gleichheit als die Grundprinzipien des Staates ansehen, immer noch Anlaß zu ernster Besorgnis. Man ersieht dies aus der Resolution der Vertreter der britischen Judenheit. Eine Diskussion dieser Frage ist darum schwierig, weil ein junger Staat wie Rumänien jede Anregung von außen als eine unverschämte Einnischung in die inneren Angelegenheiten anzusehen geneigt ist. Die Frage der Behandlung der Juden ist bedauer-

licherweise durch die Verträge eine internationale Frage geworden; die Behandlung der Juden in Rumänien und in anderen Ländern wird von den westlichen Nationen unvoreingenommen geprüft. Eine solche Prüfung hat erwiesen, daß in Rumänien eine aktive antisemitische Bewegung besteht, die sich teils rassenmäßig, teils politisch, teils wirtschaftlich auswirkt und von den staatlichen Behörden nicht in dem notwendigen Maße behindert wird. Jüdisches Leben und jüdisches Eigentum sind keineswegs so sicher wie Leben und Eigentum von Rumänen; die Unterzeichner des Vertrages seitens Rumäniens versprachen aber Gleichberechtigung für alle Bürger des Landes. Man ist darum sicherlich berechtigt, die rumänische Regierung zu fragen, welche Schritte sie unternommen hat, um allen rumänischen Bürgern den gesetzlichen Schutz und die Gleichheit vor dem Rechte zu sichern, was zum Gepräge eines demokratischen Staates gehört.

Wie sie es sehen

Berlin, 18. April.

könne aber nicht geschehen, wenn man in diese heute noch geschlossene Masse von beinahe sechs Millionen eine ungewisse und utopische Hoffnung pflanze, sondern nur dadurch, daß man versuche, die Verhältnisse da zu bessern, wo sie an der Wurzel zu fassen sind.

Staatsrat Cohn, der sich in seinen Ausführungen wiederholt auf die von Dr. Weil dargelegten Zustände beziehen konnte, beleuchtete vor allem die politische Atmosphäre, die dort herrsche. Alle Konflikte, die die Menschheit je bewegt haben und sie heute bewegen, seien dort zu finden; die Gegensätze der Klassen, die Gegensätze der Parteien, die religiösen Kämpfe so gut wie die wirtschaftlichen, die politischen sowohl wie die kulturellen. Man dürfe vor allem nicht verkennen, daß Palästina nach wie vor eine Kolonie Englands sei. Man dürfe weiterhin nicht vergessen, daß sich England heute weder zugunsten der Araber noch der Juden entschieden habe, daß es versuche, vollkommen neutral zu bleiben. Palästina ist für England der Zugang nach Indien und das Bindeglied nach Afrika. England wird seine Sympathie stets dem zuwenden, der dort die Macht besitzt. Vor allem dürfe man nicht vergessen, daß durch die Kultivierung Palästinas durch die Juden und überhaupt durch die gegenwärtigen Strömungen im politischen Leben das Selbstgefühl und das Nationalbewußtsein der Araber von Tag zu Tag gesteigert werde. Es könne daher leicht geschehen, daß Zusammenstöße, wie sie sich im Jahre 1921 ereignet haben, wieder aufflammen und sich viel schlimmer auswirken würden, als das damals geschehen ist. Zusammenfassend sei zu sagen, daß auf ihn Palästina den wenige Stellen einer Wüstenei gleiche, und das nur mit unendlicher Arbeit und bewunderungswürdigem Opfermut zu dem gemacht worden sei, was es heute wieder ist. Auch er schloß sich der Auffassung von Dr. Weil an, daß man, nachdem das Werk in Palästina begonnen worden sei, es nicht fallen lassen dürfe, daß man bewundern müsse, was dort entstanden sei, daß aber gerade für uns deutsche Juden dringendere Sorgen ihrer Lösung harren und daß es ein Verbrechen wäre, europäische Menschen in ein orientalisches Milieu zu verpflanzen und sie in ihrem kulturellen Niveau so zu degradieren.

In seinem Dank- und Schlußwort betonte Justizrat Brodnitz die Bedeutung des ewigen Palästina-Problems für alle Generationen der Judenheit, denen es obliegt, immer von neuem um eine Einstellung zum Lande der Väter zu ringen, und die aus diesem Ringen die religiösen Kräfte ihres Judentums stärken und erneuern. (JTA.)

In Kürze

Deutschland. Berlin. Die Jüdische Reformgemeinde eröffnete Johannisstraße 16 eine Lesestube für jüdische Knaben und Mädchen von 8 bis 16 Jahren. — **M a n s b a c h.** Die Klage der Kirchengemeinde auf Lieferung je einer Martinsgans jährlich durch die verheirateten Juden und eines Quantums Gewürz durch die Synagogengemeinde ist unter Abänderung der gegenteiligen Entscheidung des Landgerichts Hanau abgewiesen worden. In der Begründung des Urteils heißt es, daß derartige Abgaben seit Inkrafttreten des Gesetzes betreffs Austritt aus der Kirche vom 14. Mai 1872 von den Juden nicht mehr verlangt werden können. — **Berlin.** Wie aus Newyork telegraphiert wird, hat die American Chemical Society den berühmten Physiker und Nobelpreisträger Prof. Richard Willstaetter zum Ehrenmitglied ernannt. — **C h e m n i t z.** Hier wurde ein Jüdischer Schachklub gegründet, an dessen Spitze die Herren Dawidowski, Papierno und Flüssig stehen. — **München.** Die Bayerische Akademie der Wissenschaft, mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse, hat Prof. Albert Einstein zum korrespondierenden Mitglied gewählt. — **Halberstadt.** Der Preußische Landesverband gesetztreuer Synagogengemeinden („Halberstädter Verband“) hielt kürzlich eine Vorstands- und Ausschußsitzung ab. Es wurde u. a. beschlossen, sich an das Preußische Ministerium bezüglich der Pädagogischen Akademie in Frankfurt a. M. zu wenden, gegen deren Besuch auf orthodoxer Seite gewisse Bedenken herrschen. — **Kassel.** Hier

wurde ein Jüdisches Museum eröffnet. — **Vöhl.** Im Alter von 87 Jahren starb hier der Rentier Emanuel Katzenstein. Der Verstorbene stand sowohl bei der jüdischen als auch bei der christlichen Bevölkerung in hohem Ansehen. — **Liegnitz.** Vor kurzem verstarb das älteste Mitglied der hiesigen jüdischen Gemeinde, Herr Gustav Pape. Er hatte ein Alter von 82 Jahren erreicht und erfreute sich in weiten Kreisen größter Beliebtheit.

Oesterreich. Wien. Bürgermeister Karl Seitz lehnte im Namen der Wiener Gemeinde das Gesuch des (antisemitischen) Deutschen und Oesterreichischen Alpenvereins, in den Festausschuß für die dieses Jahr in Wien abzuhaltende Hauptversammlung einzutreten, ab. — Die Fußballmannschaft „Hakoah“ ist am 7. d. M. zur Absolvierung einer Tournee nach Amerika abgereist. — **Albert Löw,** Techniker von Beruf, beging am 16. d. M. seinen 90. Geburtstag. Er hat sich auch schriftstellerisch als Kämpfer für die Gleichberechtigung seiner Glaubensgenossen betätigt und erfreut sich großer Beliebtheit. Ad multos annos! — Die Zionisten eröffneten hier im Café Habsburg ein Lesezimmer für jüdische Zeitschriften. — Der Rabbiner der türkisch-israelitischen Gemeinde in Wien, Herr Chacham Nissim Ovadia, wurde vor kurzem zum Doktor der Philosophie promoviert.

Palästina. Jerusalem. Der Verband der hebräischen Schriftsteller Palästinas wurde eingeladen, an der in Kairo demnächst stattfindenden großen Feierlichkeit aus Anlaß des 70. Geburtstages des größten der lebenden arabischen Dichters, Achmed Shavki, der in Kairo lebt, teilzunehmen. — Der transjordanische Korrespondent

des „C...
Konzert
Straßen
Transjo
Eröffnu
Beleuch
mächtig
Jakob
habe, f
gelegent
leitung
in Jug
Lazar
bureau
großen
allein e
aus Ju
Zagreb

Vers-
Edison
Arbeits
Wasch
leitend
wäzun
im gr
„Home
Neuyor
bursta
weiß
macht
Stütze
Mittwe
will. V
das S
c o v o
hier d
mittee
eröffn
jüdisch
werde
Schwe
eine n
Heim“
17 heb
direkt
und P
e s t
direkt
Samu

Lor
J e r u
Paläst
kürzli
weit d
zollte
gültig
Krisel
der A
und e
seine
Tätig
Dar
sistor
samr
sistor
der J
somit
sich
Paris
Tadg
Präsi
teilun
hin d
bulga
schei
für d
spro

D
Al-
Volk
Gott
lirte
dieh
tönte
mach
Uebe
fen
kön
darb
Kraf
zu
Volk
Gole
seine
Wol
umj
sam
hnt
Inn
Ara
eine
rem
die
ter.
Kal
Füh
auf